



Dr. Stefan Kaufmann

11/2014
08.07.2014

Brief aus Berlin

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

auch wenn man derzeit den – nicht ganz abwegigen – Eindruck gewinnen könnte, als interessiere neben der Fußball-WM nichts anderes mehr, hat der Bundestag in den letzten beiden Wochen einige wichtige Gesetze auf den Weg gebracht. Mit den Themen Mindestlohn und EEG haben wir – in Fußball-Kategorien gedacht – zwei ziemlich schwere Brocken aus dem Feld geräumt. Damit können wir nun unsere ganze Kraft auf die kommende Herkules-Aufgabe lenken: der Regierungspolitik eine deutliche CDU-Prägung zu geben. Das setzt voraus, dass wir zügig in unser Spiel finden und auch die Mannschaftskollegen von der SPD (endlich) das Teamplay in den Vordergrund rücken. Denn nur wenn auch wir einmal zum Torschuss kommen, wird unsere Mannschaft am Ende erfolgreich sein. Und das wünschen wir uns ja schließlich alle! In dieser Überzeugung werden wir dann gerne auch die parlamentarische Sommerpause in Berlin einläuten, um uns zuhause im Wahlkreis ganz der Saisonvorbereitung zu widmen. Entsprechend werde ich die Wochen bis zum Beginn der Sommerferien überwiegend in Stuttgart verbringen, mich der Nachwuchsarbeit widmen und Kräfte für die Rückrunde sammeln. Ich melde mich dann wieder mit einem Brief aus dem Stuttgarter Trainingslager!

Mit sportlichen Grüßen und gedrückten Daumen

Ihr

Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494
Fax: 030/227-76228
www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:
stefan.kaufmann@bundestag.de

Mindestlohn beschlossen – Ausnahmen durchgesetzt



Namentliche Abstimmung zum Mindestlohn im Plenarsaal. © CDU-Fraktion/Tobias Koch

Berlin – Ab 2015 gilt in Deutschland ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 Euro. Das hat der Bundestag am Donnerstag, 3. Juli 2014, in namentlicher Abstimmung beschlossen. 535 Kolleginnen und Kollegen haben mit mir für den Gesetzesentwurf gestimmt. Es gab fünf Gegenstimmen und 61 Enthaltungen. Damit gilt ab 1. Januar 2015 ein Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Ausgenommen sind Jugendliche unter 18 Jahren und Langzeitarbeitslose im ersten halben Jahr einer neuen Anstellung. Die abschließende Plenardebatte zum Gesetzesentwurf für die Einführung des Mindestlohns war, wie bereits die Beratungen in den letzten Wochen und Monaten, von den einzelnen Ausnahmeregelungen geprägt. Die Sozialpolitiker meiner Fraktion haben in der

Debatte verdeutlicht, dass mit dem neuen Gesetz die Rolle der Tarifpartner wieder ins Zentrum gerückt wird. Mit dem Prinzip des Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit ist die Bundesrepublik in ihrer bisherigen Geschichte gut gefahren. Es ist richtig, daran festzuhalten. Das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft ist eine deutsche Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben sollten und wollen. Mein Landesgruppenkollege Peter Weiß hat in der Debatte richtig gesagt, dass Lohndumping nicht zur sozialen Marktwirtschaft gehört. Dem schieben wir mit dem Mindestlohn nun einen Riegel vor. Wichtig ist mir, dass auch weiterhin die Sozialpartner – Arbeitgeber und Gewerkschaften – für die Löhne zuständig sind. Die Lohnfindung sollte dem politischen Überbietungswettbewerb ent-

zogen sein. Mit der Mindestlohnkommission, die ab 2016 über Anhebungen des Mindestlohns befinden soll, bleibt der nun vorgenommene Eingriff in die Tarifautonomie ein einmaliger Vorgang. Der Mindestlohnkommission gehören Arbeitgeber und Gewerkschaften an. Für uns als Union war es ein zentrales Anliegen in den Beratungen, dass der Mindestlohn keine Arbeitsplätze gefährden bzw. Branchen oder Regionen in ihrer Wirtschaftsfähigkeit beeinträchtigen oder einengen darf. Aus diesem Grund gibt es auf Initiative der Union auch Ausnahmen. Damit wollen wir außerdem verhindern, dass es zu einer Zunahme von Schwarzarbeit kommt. Die Auswirkungen des Mindestlohns auf den Arbeitsmarkt werden wir genau im Blick behalten.

Pflegereform: Verbesserungen für alle Pflegebereiche

Berlin – In erster Lesung hat der Bundestag am Freitag, 4. Juli 2014, über die von der Koalition geplante Pflegereform beraten. In der Debatte kündigte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe umfassende Leistungsverbesserungen für alle Pflegeberei-

che für die laufende Wahlperiode an. Der Gesetzesentwurf und Anträge der Oppositionsfraktionen werden nun in den Ausschüssen

beraten bevor das Plenum in zweiter und dritter Lesung über die Vorlagen entscheidet.

Fragen und Antworten zur Pflegereform hat die CDU/CSU-Fraktion unter dem nachstehenden Link für Sie zusammengestellt:
<https://www.cducsu.de/spezial/mehr-geld-fuer-die-pflege>

Brief aus Berlin



Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs



Alfred Grosser während seiner Rede.
© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Berlin – In einer Gedenkstunde hat der Bundestag am Donnerstagvormittag, 3. Juli 2014, an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren erinnert. Gastredner der Feierstunde war Professor Alfred Grosser aus Paris. Der 89jährige Politologe und Publizist, bis 1992 Professor an der renommierten Pariser Elitehochschule „Sciences Po“, engagiert sich seit vielen Jahren für die deutsch-französische Verständigung.

Bundestagspräsident Professor Norbert Lammert bezeichnete ihn als herausragenden Wegbereiter für die deutsch-französische Freundschaft. Grosser wurde 1925 in Frankfurt am Main als Sohn eines jüdischen Kinderarztes geboren. Die Familie floh 1933 vor den Nationalsozialisten nach Frankreich, wo der Vater, Veteran des Ersten Weltkriegs und Träger des Eisernen Kreuzes Erster Klasse, kurz nach der Ankunft starb. Mit Blick auf seinen Vater berichtete Grosser, dass dieser den Auswanderungsbeschluss 1933 nicht nach dem Verlust seiner Kinderklinik und nach dem Vorlesungsverbot

an der Universität Frankfurt gefasst hatte, sondern nach seiner Ausweisung aus dem Verein der Träger des Eisernen Kreuzes Erster Klasse. In seiner Rede würdigte Alfred Grosser die Überwindung des Militarismus in Deutschland. Vor hundert Jahren sei Deutschlands Besonderheit die große gesellschaftliche Bedeutung des Militärs gewesen. Dies habe der Ausgang des Zweiten Weltkriegs epochal geändert. Der Unterschied zwischen 1918 und 1945 sei, dass die totale Niederlage ein total anderes Deutschland hervorgebracht habe. Und deshalb habe auch die deutsch-französische Aussöhnung gutgehen können, „weil Deutschland radikal anders war als das Hitler-Deutschland“. Den Abgeordneten rief er zu, sie dürften als „Vertreter des ganzen deutschen Volkes“ stolz sein auf ein Vaterland, „das sich nun, im Gegensatz zu 1914, auf die Werte Einigkeit und

Recht und Freiheit beruft“. Die gute Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses verdeutlichte er anhand einer demoskopischen Umfrage aus dem vorigen Monat, in der 82 Prozent der Franzosen auf die Frage nach dem vertrauenswürdigsten Verbündeten Frankreichs „Deutschland“ geantwortet hätten. Der Blick Alfred Grossers auf Deutschland und die Gedenkstunde im Plenarsaal haben mich sehr beeindruckt. Ich bin froh über unsere enge und vertrauensvolle Partnerschaft, die wir mit unserem vormaligen „Erbfeind“ entwickelt haben. Treffend zusammengefasst hat die Erinnerungskultur an die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts Bundestagspräsident Norbert Lammert: „Der wichtigste Sinn unseres gemeinsamen Gedenkens an zwei Weltkriege in einem Jahrhundert aber bleibt die beispielhafte europäische Erfahrung, der Gewalt ein Ende gesetzt zu haben.“

Haushalt 2014 verabschiedet – Weiterhin Schwerpunkt bei Bildung und Forschung

Berlin – Am Freitag, 27. Juni 2014, hat der Bundestag mit breiter Mehrheit den Bundeshaushalt 2014 beschlossen.

In diesem Jahr will der Bund 296,5 Milliarden Euro ausgeben, das sind 11,3 Milliarden Euro weniger als im Jahr zuvor. Die Neuverschuldung sinkt weiter auf nun 6,5 Milliarden Euro. Strukturell ist der Haushalt bereits ausgeglichen. Im kommenden Jahr soll der Bund keine neuen Schulden mehr machen. Das ist ein starkes Signal und ein zentraler Beitrag zur Sicherung eines nachhaltigen Wachstums in Deutschland

und Europa. Mit Blick auf den Haushalt 2015 sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen der Generalausprache über den Bundeshaushalt am Mittwoch, 25. Juni 2014, vom Erreichen einer „haushaltspolitisch historischen Zielmarke“

im kommenden Jahr, wenn ein Etat ohne Nettokreditaufnahme vorgelegt werde. Dabei betonte die Bundeskanzlerin: „Das gilt dann auch für die kommenden Jahre“. Als Bildungspolitiker freue ich mich sehr darüber, dass Bildung und Forschung als zentrales Zukunftsfeld für die

Koalition weiter klare Priorität genießen. Die Zahlen sind eindrücklich: von 2005 bis 2013 hat der Bund seine Ausgaben allein in diesem Bereich um 87 Prozent auf einen neuen Höchststand von 14 Milliarden Euro gesteigert. Gegenüber 2013 steigt der Bildungsetat um 313 Millionen Euro. Das zeigt, dass wir Bildung und Forschung kontinuierlich einen großen Stellenwert in der Haushaltsplanung zumessen. „Es ist eine herausragende Bilanz, dass wir eine Spitzennation im Bereich Forschung und Technologie geworden sind“, unterstrich Bundesbildungsministerin Johanna Wanka in der Etatberatung am Donnerstag, 26. Juni 2014. Im Herbst werden wir mit den Beratungen für den Haushalt 2015 beginnen. Dabei wird es darauf ankommen, das



Weitere Informationen zur Struktur des Bundeshaushaltes finden Sie im Internet unter: www.bundeshaushalt-info.de

Brief aus Berlin

Damit die Energiewende gelingen kann: EEG-Reform beschlossen

Berlin – Nach intensiven Beratungen hat der Bundestag am Freitag, 27. Juni 2014, die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) beschlossen. Mit der Novelle werden mehr Markt und Wettbewerb eingeführt und der Ausbau erneuerbarer Energien auf richtige Gleise gesetzt. Gleichzeitig

ist es gelungen, eine Ausgleichsregelung für die energieintensive Industrie zu finden. Damit tragen wir zur Sicherung des Wirtschafts- und Industriestandorts Deutschland bei. Die Förderung von Sonne, Wind und Biomasse lenken wir in vernünftigeren Bahnen. Dies nutzt Verbrauchern und Unter-

nehmen. Für die Verbraucher ist es eine gute Nachricht, dass wir Mechanismen in das Gesetz eingebaut haben, die einen weiteren Anstieg der EEG-Umlage bremsen werden. Auch die Unternehmen werden in Zukunft an der Förderung erneuerbarer Energien beteiligt. Die alleinige Finanzierung der

EEG-Umlage ist nicht die Aufgabe der privaten Stromverbraucher.

Fragen und Antworten hat die Unionsfraktion hier zusammengestellt:

www.cducsu.de/spezial/erneuerbare-energien-reform

Medienpreis Politik des Deutschen Bundestages



Bundestagspräsident Professor Dr. Norbert Lammert bei der Verleihung des diesjährigen Medienpreises.
© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Berlin – Bis zum 1. Oktober 2014 können hervorragende journalistische Arbeiten, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen, für den Medienpreis des Bundestages eingereicht werden. Die Arbeiten müssen nach dem 15. Oktober 2013 erschienen sein. Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch

Benennungen durch Dritte berücksichtigt. Eine unabhängige Fachjury wählt die Preisträger aus. Der Medienpreis ist mit 5.000 Euro dotiert.

Weitere Informationen zum Medienpreis und zum Bewerbungsverfahren gibt es hier:

www.bundestag.de/medienpreis

Praktikum beim MdB



Zusammen mit Caspar Geißler vor dem Paul-Löbe-Haus und dem Reichstagsgebäude.

Berlin – In der vorletzten Sitzungswoche wurde ich in Berlin von Caspar Geißler begleitet. In der vorherigen Woche hatte er sein Praktikum bereits in meinem Wahlkreisbüro begonnen. In einer spannenden Haushaltswoche in Berlin hat er mich sehr gut bei einigen Terminvorbereitungen unterstützt und natürlich auch selbst an zahlreichen Veranstaltungen teilgenommen. Darunter waren Gremiensitzungen, Plenardebatten und Fernsehinterviews sowie die Verleihung des Theodor-Wanner-Preises des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) an den begnadeten Dichter Ernesto Cardenal, der ganz neue Blicke auf die Beziehung von Wissenschaft, Politik und Religion geworfen hat. Höhepunkt war mit Sicherheit das Sommerfest der Fraktion mit der Bundeskanzlerin. Auch viele Regierungsmitglieder sowie fast alle Abgeordnete waren hier vertreten. Somit war es eine sehr interessante und abwechslungsreiche Woche. Herzlichen Dank für die Unterstützung!

Jugendmedienworkshop 2014

Bis zum 21. Juli bewerben!

Berlin – Bereits zum elften Mal wird vom 5. bis 11. Oktober 2014 der Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag stattfinden. Die von Bundestag, Bundeszentrale für politi-

sche Bildung und Jugendpresse Deutschland ausgelobte Veranstaltung richtet sich an Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren, die ein besonderes Interesse an Medien und einem weiteren Engagement in diesem Bereich haben. Dieses Jahr steht der Workshop unter dem

Motto: „Generation Grenzenlos – welche Chancen eröffnet uns Europa?“. Das Mitmachen lohnt bestimmt!

Weitere Informationen und den Link zur Bewerbung gibt es hier:

www.jugendpresse.de/bundestag

Jubiläumsfeier zu 125 Jahre Karlshöhe des Verschönerungsvereins Stuttgart



Biergarten auf der Karlshöhe Stuttgart. © Stuttgart-Marketing GmbH

Berlin – Vergangenen Samstag habe ich an der Jubiläumsfeier zu 125 Jahre Karlshöhe des Verschönerungsvereins Stuttgart teilgenommen. Am 19. Juni 1889 wurde die vom Verschönerungsverein nach dem Vorbild eines englischen

Landschaftsparks gestaltete Aussichtsanlage an der Karlshöhe eingeweiht und mit dem heutigen Namen nach König Karl benannt. Schon seit 1865 gab es einen Lindenbaum, der zu Ehren des Regierungsantritts von König Karl Karlslinde genannt wurde. In der Einweihung der Vereinsanlage auf der Bergkuppe der Karlshöhe sieht der Verschönerungsverein heute die Keimzelle des durch Zukäufe der Stadt 1934 und 1961 entstandenen großartigen Höhenparks Karlshöhe. Der traditionsreiche Ver-

ein hat als schon damaliger Eigentümer eines Großteils der Flächen auf der Karlshöhe (beispielsweise des früheren Silberburg-Parks) über viele Jahrzehnte erfolgreich eine Bebauung auf der Karlshöhe verhindert. Gott sei Dank konnte ein irrwitziges Projekt der Nazis – der Bau eines riesigen Reichsrundfunksenders – nicht mehr realisiert werden.

Mehr zum Verschönerungsverein Stuttgart finden Sie unter:
www.vsv-stuttgart.de